

Außenwirtschaft aktuell



LÜNEBURG
WOLFSBURG

4 2025

Seminare	4
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	4
03.04.2025 Mitarbeiterentsendung in die Ukraine	4
03.04.2025 Die neue Exportkontrolle Chinas: Grundsätzliche Änderungen	4
09.04.2025 Webinar „Die neue Exportkontrolle Chinas: Rohstoffe im Blick “	4
22. – 25.04.2025 Delegationsreise nach Dänemark.....	5
30.04.2025 100 Tage Trump II.....	5
06. – 09.05.2025 Unternehmerreise Wasserwirtschaft nach Rumänien und Moldau	5
22.-23.05.2025 Exportkontrolltag des BAFA in Berlin	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	6
Brasilien: Zollfreie Einfuhr wichtiger Lebensmittel	6
EU: Aktionsplan für Stahl- und Metallindustrie	6
EU: Clean Industrial Deal vorgestellt	6
EU: Diagonale Ursprungskumulierung - Neue Matrix.....	7
EU: Omnibus-Entwurf zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkette.....	7
EU: Reaktion auf US-Zölle	7
EU: Umgehung der Russland-Sanktionen soll unter Strafe gestellt werden.....	8
EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet	8
Kanada: Verschärfte Sanktionen gegen Russland.....	8
Nigeria: Start des AEO-Programms	8
Südafrika: Erhöhung der Einfuhrumsatzsteuer.....	9
USA: Aktuelles zur Handelspolitik	9
Vereinigtes Königreich: Unternehmensregister verlangt mehr Transparenz	9
Zypern: Große Steuerreform geplant	9
Ländernotizen	10
Frankreich: Mehr als 600 Start-ups konzentrieren sich auf KI-Entwicklung	10
Indien: Handel mit Deutschland 2024 auf Rekordhoch	10
Kolumbien: Erneuerbare Energien machen deutlichen Fortschritt	11
Montenegro: Erweiterung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur	11
Neuseeland: Deutsche Technologie und Investitionen als Chance	11
Polen: Knapp eine Milliarde Euro für Energiespeicher	11
Rumänien: Schengenbeitritt verbessert Wettbewerbsposition	12
Tunesien: Deutsche Investoren 2024 an zweiter Stelle	12

Ukraine: Start-up-Szene wächst trotz Krieg.....	12
Veröffentlichungen	13
Datenbanken unterstützen Unternehmen im internationalen Handel	13
Neuer ICC-Leitfaden zu Incoterms® 2020	13
Verschiedenes	13
Renewable-Energy-Solutions-Programm.....	13
Impressum	14

Seminare

02.04.2025	Erfolgreich Waren aus China importieren	digital
07.05.2025	Warenursprung und Präferenzen / Lieferantenerklärungen	digital
08.05.2025	Einreihen von Waren in den Zolltarif	digital
09.05.2025	Dual-Use und Genehmigungscodierungen: Y901 & Co	digital
14.05.2025	Einführung in die Exportkontrolle	digital
15.05.2025	Lieferantenerklärungen	digital

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

03.04.2025 Mitarbeiterentsendung in die Ukraine

Im Fokus stehen aufenthaltsrechtliche und sicherheitsrelevante Aspekte, die Unternehmen beachten müssen, um Ihre Mitarbeiter bestmöglich zu schützen und rechtliche Fallstricke zu vermeiden. Organisiert wird dieses kostenfreie Webinar von der IHK Osnabrück von 11:00 bis 12:30 Uhr. Um [Anmeldung](#) wird gebeten.

03.04.2025 Die neue Exportkontrolle Chinas: Grundsätzliche Änderungen

Neue Listen, neue Regeln, neue Pflichten: China hat Ende 2024 seine Exportkontrollbestimmungen verschärft. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) informiert in einem kostenfreien Webinar am 3. April 2025 von 09:00 bis 10:00 Uhr über damit einhergehende grundsätzliche Änderungen für Unternehmen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

09.04.2025 Webinar „Die neue Exportkontrolle Chinas: Rohstoffe im Blick“

Bei einem weiteren DIHK-Webinar geht es speziell um chinesische Exportbeschränkungen bei Rohstoffen. Denn diese zielen besonders auf kritische Ressourcen wie Gallium, Germanium oder Grafit. Unter der Überschrift "Export Restrictions for Raw Materials from China – Status and what is still to come?" erfahren Sie am 9. April

2025 von 08:30 bis 09:30 Uhr Wissenswertes über die Konsequenzen, die diese Entwicklung für die künftige Rohstoffversorgung Deutschlands und Europas erwarten lässt. Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Rohstoffagentur, des Rohstoffhändlers Tradium und des German Mining & Resources Network schildern den Status, die Folgen und Unterstützungsmöglichkeiten. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit zu diesem Webinar, welches auf Englisch abgehalten wird, finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

22. – 25.04.2025 Delegationsreise nach Dänemark

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisiert diese Delegationsreise an die dänische Nordseeküste und in die Stadt Esbjerg. Im Fokus stehen die Themen Erneuerbare Energien und Tourismus. Um über die konkrete Planung informiert zu werden, geben Sie bitte Ihre Interessensbekundung bis zum 02.04. über diesen [Link](#) ab.

30.04.2025 100 Tage Trump II

Das Webinar gibt ein Fazit und eine Einordnung der ersten 100 Tage von Donald Trumps zweiter Präsidentschaft. Dr. Christoph Schemionek, Delegierter der Deutschen Wirtschaft (AHK Washington), nimmt eine erste Einschätzung nach exakt 100 Tagen Präsidentschaft Donald Trump vor und gibt eine erste Einordnung, was diese für die aktuelle politische und wirtschaftliche transatlantische Entwicklung bedeutet. Nutzen Sie gern die Gelegenheit, um sich auf den neuesten Stand zu bringen, kompaktes Vor-Ort-Wissen zu erhalten und mehr über die Auswirkungen für Märkte, Unternehmen und politische Entscheidungsträger zu erfahren. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

06. – 09.05.2025 Unternehmerreise Wasserwirtschaft nach Rumänien und Moldau

Die AHK Rumänien führt in Zusammenarbeit mit dem Umwelttechnologie-Cluster Bayern e.V. und German Water Partnership e.V., im Auftrag des BMWK eine Geschäftsanbahnungsreise für deutsche Anbieter und Dienstleister aus der Branche Wasserwirtschaft nach Rumänien und in die Republik Moldau durch. Die Reise ist Bestandteil der Exportinitiative Umwelttechnologien und wird im Rahmen des Markterschließungsprogramms für KMU durchgeführt. Zum Programm gelangen Sie [hier](#). Zielgruppe sind vorwiegend kleine und mittlere deutsche Unternehmen (KMU), die Produkte und Lösungen in folgenden Bereichen anbieten:

- öffentliche Trinkwasserversorgung; Wasserversorgung und Abwasserentsorgung;
- Klärschlammbehandlung;
- Bau und Modernisierung von Wasser- und Abwasserkanalisationsnetzen

22.-23.05.2025 Exportkontrolltag des BAFA in Berlin

Am 22. und 23. Mai 2025 findet der 19. Exportkontrolltag (EKT) des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wieder in Berlin statt. Im Fokus steht das Thema „Emerging Export Controls“. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des BAFA](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Brasilien: Zollfreie Einfuhr wichtiger Lebensmittel

(GTAI) – Mit dem Ziel, das Nahrungsmittelangebot zu erhöhen und die Marktpreise auf dem heimischen Markt zu reduzieren, wurden die Einfuhrzölle folgender Produkte in Brasilien auf null gesenkt:

- gefrorenes Rindfleisch ohne Knochen (brasilianische Zolldarifennummer (NCM): 0202.30.00)
- gerösteter, nicht entkoffeinierter Kaffee, außer Kaffee in Kapseln (NCM: 0901.21.00)
- nicht geröstete, nicht entkoffeinerte Kaffeebohnen (NCM: 0901.11.10)
- Körnermais, anderer als zur Aussaat (NCM: 1005.90.10)
- andere Teigwaren, nicht gekocht oder gefüllt oder in anderer Weise zubereitet (NCM: 1902.19.00)
- Kekse (NCM: 1905.90.20)
- natives Olivenöl extra (NCM: 1509.20.00)
- Sonnenblumenöl, roh (NCM: 1512.11.10)
- anderer Rohrzucker (NCM: 1701.14.00)
- Zubereitungen und Konserven von Sardinen, ganz oder in Stücken, ausgenommen zerkleinerte Fische (NCM: 1604.13.10). In diesem Fall gilt der Zollsatz von null Prozent für ein festgelegtes Zollkontingent von 7.500 Tonnen.

Diese Regelungen gelten seit dem 14. März 2025. Außerdem wurde beschlossen, das Zollkontingent für Palmöl (NCM: 1511.90.00) von 60.000 auf 150.000 Tonnen bis zum 31. Dezember 2025 zu erhöhen, wobei der Einfuhrzollsatz bei null Prozent bleibt.

EU: Aktionsplan für Stahl- und Metallindustrie

(DIHK) – Die EU Kommission hat am 19. März 2025 den Aktionsplan für die Stahl- und Metallindustrie vorgestellt. Folgende Prioritäten werden gesetzt:

- Sicherstellung des Zugangs zu sauberer und bezahlbarer Energie für die Metallindustrie
- Verhinderung von Carbon Leakage (Verlagerung von CO₂-Emissionen)
- Förderung und Schutz der europäischen Industriekapazitäten
- Förderung der Kreislaufwirtschaft bei Metallen
- Sicherung von Industriearbeitsplätzen
- Risikominderung von Dekarbonisierungsprojekten durch Leitmärkte und öffentliche Unterstützung
- Gemeinsam an der Umsetzung für einen fairen Übergang arbeiten

Weitere Informationen finden Sie in dieser [Pressemeldung der EU-Kommission](#).

EU: Clean Industrial Deal vorgestellt

(EU) – Am 26. Februar 2025 hat die EU-Kommission den sog. Clean Industrial Deal (Deal für eine saubere Industrie) vorgestellt. Der Clean Industrial Deal (CID) soll die Wettbewerbsfähigkeit und die Dekarbonisierung der EU zusammenführen. Ziel ist die Beschleunigung der Dekarbonisierung, Reindustrialisierung und Innovation.

Insbesondere soll der Deal der europäischen Industrie stärkere Anreize für große klimaneutrale Investitionen im Bereich der energieintensiven Industrien und für saubere Technologien bieten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der EU-Kommission](#).

EU: Diagonale Ursprungskumulierung - Neue Matrix

(GTAI) – Die Europäische Kommission hat eine neue Matrix zur Pan-Europa-Mittelmeer-Kumulierung veröffentlicht. Diese gibt Auskunft über die Kumulierungsmöglichkeiten im Rahmen der modernisierten Ursprungsregeln. Alle Details finden Sie auf der [Internetseite von Germany Trade & Invest](#) (GTAI).

EU: Omnibus-Entwurf zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkette

(GTAI) – Die EU-Kommission hat am 26. Februar 2025 einen sog. [Omnibus-Entwurf I](#) zur Änderung der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) und der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) vorgelegt. Ebenfalls umfasst ist eine Änderung der Verordnung (EU) 2023/956 zum Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). In einem sog. [Omnibus-Entwurf II](#) werden Änderungen unter anderem der Invest EU-Verordnung 2021/523 vorgeschlagen. Die Vorschläge werden an Rat und EU-Parlament übermittelt und sollen dort zeitnah beraten werden. Zudem stellt die Kommission ergänzende Erläuterungen zu den Entwürfen in Form von [FAQ](#) zur Verfügung.

EU: Reaktion auf US-Zölle

(GTAI) – Als Reaktion auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium treten erste Zusatzzölle der EU ab April 2025 in Kraft. Die EU-Kommission hat am 12. März 2025 in einer Pressemitteilung angekündigt, mit Gegenmaßnahmen auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium zu reagieren. Das Maßnahmenpaket besteht aus zwei Teilen: Zum einen läuft die Aussetzung bisheriger Maßnahmen Ende März aus. Zum anderen soll es neue Maßnahmen ab Mitte April geben. Bereits 2018 während der ersten Trump-Präsidentschaft führte die Europäische Union Zusatzzölle ein. Nach Verhandlungen mit den USA setzte die EU diese befristet aus. Die aktuelle Aussetzung gilt bis 31. März 2025. Sie wird nicht verlängert, sodass die Zusatzzölle ab 1. April 2025 wieder in Kraft gesetzt werden. Dies betrifft die Maßnahmen, die mit der Durchführungsverordnung (EU) 2018/886 sowie (EU) 2020/502 eingeführt wurden:

- Zusätzliche Zölle in Höhe von zehn, 25, 35 beziehungsweise 50 Prozent auf Einfuhren bestimmter Waren gemäß Anhang II der [Durchführungsverordnung \(EU\) 2018/886](#);
- Zusatzzölle in Höhe von 4,4 und 7 beziehungsweise 20 Prozent auf ausgewählte Waren gemäß Art. 1 [Durchführungsverordnung \(EU\) 2020/502](#).

Zudem sind zusätzliche Gegenmaßnahmen geplant, die ab Mitte April gelten sollen. Ziel ist, dass der Gesamtwert der EU-Maßnahmen dem Wert der US-Zölle entspricht. Die EU Kommission hat dazu einen Vorschlag für eine Warenliste vorgelegt. Auf dieser Liste finden sich sowohl gewerbliche Waren wie Stahl- und Aluminiumprodukte, Textilien oder Lederwaren, als auch landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Nüsse, Zucker und Rindfleisch.

EU: Umgehung der Russland-Sanktionen soll unter Strafe gestellt werden

(GTAI) – Die EU will die Umgehung der Russland-Sanktionen bestrafen. Kontrollmechanismen werden nachgeschärft. Deutsche Exporteure sollen eine verpflichtende Endverbleiberklärung vorlegen. Das BMWK will die Unternehmen bei der Verhinderung der Umgehung der Russlandsanktionen stärker in die Pflicht nehmen. Exporteure sollen künftig für alle sanktionierten Güter zusätzlich zu den Ausfuhranmeldungen transparente Erklärungen zum Endverbleib vorlegen. Daraus sollen sowohl mögliche Zwischenhändler in Drittstaaten hervorgehen, als auch der finale Empfänger der Ware. Firmen, die beim Umgehen der Russland-Sanktionen unterstützen, sollen auf eine schwarze Liste kommen. Sanktionsverstöße sollen künftig konsequent als Straftatbestand geahndet werden. Personen, die über sanktionsrelevante Informationen verfügen, sollen diese an die Behörden melden. Weitere Informationen finden Sie bei [GTAI](#).

EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet

(EU) – Die Europäische Union hat am 24. Februar 2025 ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet und damit 48 zusätzliche Personen sowie 35 Einrichtungen gelistet, die die territoriale Integrität der Ukraine gefährden. Im Rahmen der EU-Bemühungen, Schattenflottenetze zu schließen, verhängte die EU auch umfassende Sanktionen gegen drei Unternehmen, die russisches Rohöl und Ölprodukte transportieren und damit erhebliche Einnahmen für Russland generieren. Weitere Informationen finden Sie in dieser [Meldung](#) der Europäischen Kommission.

Kanada: Verschärfte Sanktionen gegen Russland

(GTAI) – Kanada verschärft die Sanktionen und hat die Zölle auf alle Waren mit Ursprung in Russland und Belarus auf 35 Prozent erhöht. Zudem gilt ein Einfuhrverbot für Stahl- und Aluminiumprodukte aus Russland. Das Verbot betrifft Produkte der Kapitel 72 und 76 sowie der HS-Positionen 7301 bis 7306 des kanadischen Zolltarifs. Nach Aussagen der Regierung gilt das Verbot für alle Personen in Kanada und alle kanadischen Staatsangehörigen außerhalb des Landes. Ausnahmen gelten für Kaufverträge, die vor dem Inkrafttreten des Verbots abgeschlossen wurden. Ferner sanktioniert Kanada derzeit mehr als 3000 Personen und Einrichtungen mit Verbindungen zu Russland, ergreift Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte und verhängt Sanktionen gegen mehr als 100 Schiffe.

Nigeria: Start des AEO-Programms

(GTAI) – Der nigerianische Zoll hat am 14. Februar 2025 offiziell sein Programm für Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (Authorised Economic Operator, AEO) gestartet. Das Programm soll die Sicherheit der Lieferkette verbessern, eine Compliance-Kultur fördern und den Handel erleichtern. Besonders zuverlässige und vertrauenswürdige Importeure, Exporteure, Terminalbetreiber, Logistikunternehmen, Zollagenten und Spediteure können jetzt eine AEO-Zertifizierung im nigerianischen AEO-Portal beantragen. Der Status berechtigt zu Vergünstigungen bei sicherheitsrelevanten Zollkontrollen und Vereinfachungen gemäß den Zollvorschriften. Die Pilotphase des AEO-Programms begann im April 2024. Die teilnehmenden sechs Unternehmen meldeten eine

deutliche Verkürzung der Abfertigungszeiten um mindestens 66,9 Prozent von zuvor 168 Stunden (sieben Tage) auf durchschnittlich 43 Stunden, womit das ursprüngliche Ziel von 48 Stunden übertroffen wurde.

Südafrika: Erhöhung der Einfuhrumsatzsteuer

(GTAI) – Der Satz der Einfuhrumsatzsteuer in Südafrika steigt ab dem 1. Mai 2025 auf 15,5 Prozent und ab dem 1. April 2026 auf 16 Prozent. Unabhängig von der Zollabgabe unterliegt jede Einfuhr der südafrikanischen Mehrwertsteuer (Value Added Tax/VAT), sofern die eingeführten Waren nicht von der Steuer ausgenommen sind. Auch alle in Südafrika erfolgten Umsätze aus Lieferungen und Leistungen werden mit der Mehrwertsteuer belastet, wobei auch hier Ausnahmen gelten können.

USA: Aktuelles zur Handelspolitik

(GTAI) - Der Außenhandel wird immer komplexer: Die USA verhängen zusätzliche Zölle gegen wichtige Handelspartner. Diese reagieren mit Gegenmaßnahmen und Klagen. GTAI hat dazu die Sonderseite „[Handelspolitik unter Trump](#)“ mit neuesten Zollinformationen online gestellt und informiert gesammelt über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen.

Vereinigtes Königreich: Unternehmensregister verlangt mehr Transparenz

(GTAI) – Das britische Unternehmensregister („Companies House“) wird in Kürze ein neues Verfahren zur Identitätsprüfung einführen, bei dem jeder, der ein Unternehmen im Vereinigten Königreich gründet, leitet, besitzt oder kontrolliert, seine Identität verifizieren muss. Die bevorstehenden Änderungen folgen auf die Einführung des [Economic Crime and Corporate Transparency Act 2023](#) und dienen der Verhinderung des Missbrauchs von Unternehmensstrukturen durch mehr Transparenz. Zu diesem Zweck soll die Genauigkeit und Zuverlässigkeit des britischen Unternehmensregisters verbessert werden, indem sichergestellt wird, dass Personen, die Unternehmen gründen oder kontrollieren, wirklich diejenigen sind, die sie vorgeben zu sein. Die Verifizierungspflicht wird für folgende Personen gelten:

- neue Geschäftsführer („Directors“) und Personen mit maßgeblicher Kontrolle („PSCs“) im Rahmen des Unternehmensgründungsprozesses;
- aktuelle Geschäftsführer und PSCs, wobei die Identitätskontrollen innerhalb einer bestimmten Frist nach Inkrafttreten der Vorschriften durchzuführen sind; und
- Unternehmensvertreter, die ihre Identität überprüfen müssen, bevor sie Einreichungen im Namen von Kunden einreichen können.

Die Details werden in den „[The Registrar's Identity Verification Rules 2025](#)“ geregelt.

Zypern: Große Steuerreform geplant

(GTAI) – In einer Pressekonferenz am 26. Februar 2025 stellte der zyprische Präsident Nikos Christodoulides die Steuerreform vor, die teilweise bereits 2025 in Kraft treten könnte. Der Körperschaftssteuersatz soll demnach

für alle Unternehmen von 12,5 Prozent auf 15 Prozent steigen. Dies dient der Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung. Steuerliche Verluste sollen bis zu zehn Jahre vorgetragen werden können, statt wie bisher nur fünf Jahre. Die Nutzung von Verlusten nach fünf Jahren wäre jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des steuerpflichtigen Gewinns des Unternehmens in diesem Jahr begrenzt. Zur Förderung des grünen Wandels soll es künftig eine beschleunigte Abschreibung für Unternehmen geben, die in diesem Bereich investieren. Außerdem können Unternehmen künftig Ausgaben für die digitale Fortbildung und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter absetzen, um auf einem sich schnell verändernden Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Bei der individuellen Einkommensteuer wird der Freibetrag von 19.500 Euro auf 20.500 Euro pro Jahr angehoben. Ein neuer Steuersatz von 35 Prozent gilt für Einkommen über 80.000 Euro (statt bisher 60.000 Euro). Die Vorschläge werden nun ein öffentliches Konsultationsverfahren durchlaufen, bevor die Gesetzesentwürfe dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung vorgelegt werden.

Ländernotizen

Frankreich: Mehr als 600 Start-ups konzentrieren sich auf KI-Entwicklung

(GTAI) – Mehr als 600 Start-ups in Frankreich konzentrieren sich auf KI-Entwicklungen. Vor allem das Unternehmen Mistral AI sticht heraus: Das französische Scale-Up hat mit der Anwendung ChatPro eine französische Konkurrenz zu ChatGPT geschaffen und bringt diese auf den Markt. Seit Februar 2025 können Smartphone-Nutzer, die Mobilfunkverträge beim Telekomanbieter Free haben, ChatPro kostenlos auf ihren Smartphones nutzen. Großkonzerne, insbesondere die in Frankreich starke Luft- und Raumfahrt- sowie Verteidigungsindustrie, fördern die KI-Szene. Durch Kooperationen und finanzielle Förderung unterstützen sie Start-ups bei der Überführung von Ideen in die industrielle Nutzung. So investiert Airbus über seinen Fonds AirbusVentures in KI-Unternehmen wie Bifrost. Thales Alenia Space treibt über sein 2014 gegründetes Innovation Cluster die Kooperation mit Start-ups voran.

Indien: Handel mit Deutschland 2024 auf Rekordhoch

(GTAI) – Laut Statistischem Bundesamt erreichte der bilaterale Warenhandel zwischen der Bundesrepublik und Indien 2024 einen neuen Höchststand. Das Handelsvolumen stieg jedoch nur gering. Es legte um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu, sodass 2024 insgesamt Waren im Wert von 33,4 Milliarden US-Dollar (US\$) gehandelt wurden. Deutschland erwirtschaftete erneut einen Handelsbilanzüberschuss. Dieser lag bei rund 3,2 Milliarden US\$ und ist höher als 2023, weil die Exporte zulegten und die Importe sanken. Der Anstieg des bilateralen Handels fällt in eine Zeit, in der Indien mit robustem Wirtschaftswachstum glänzt. Insgesamt exportierten deutsche Unternehmen 2024 Waren im Wert von 18,3 Milliarden US\$ nach Indien – 2,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor und ein neuer Rekord. Die wichtigsten Exportgüter laut Internationalem Warenverzeichnis für den Außenhandel waren mit einem Gesamtwert von fast fünf Milliarden US\$ wieder Maschinen. Zu den wertmäßig

wichtigsten Maschinenexporten gehörten Pumpen und Kompressoren mit 544 Millionen US\$ sowie Wellen, Kurbeln, Lager, Getriebe und Kupplung mit 344 Millionen US\$.

Kolumbien: Erneuerbare Energien machen deutlichen Fortschritt

(GTAI) – Projekte im Bereich Erneuerbare Energien kommen in Kolumbien heute deutlich schneller voran als noch vor einigen Jahren. Der Branchenverband Andeg warnt vor einem Stromdefizit von vier bis sechs Prozent in den nächsten Jahren. Schon 2024 machte sich der Energiemangel auf dem Spotmarkt bemerkbar. Grund war die langanhaltende Trockenheit im Land. In der Folge mussten die Wasserkraftwerke, die für über 70 Prozent der Stromproduktion in Kolumbien stehen, ihre Leistung massiv herunterfahren. Im Jahr 2024 hat sich die installierte Kapazität an Solar- und Windkraft auf knapp zwei Gigawatt vervierfacht. Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1.410 Megawatt gingen in Betrieb. Der größte Teil davon entfiel auf Solarprojekte. Dieser Trend dürfte sich 2025 und darüber hinaus fortsetzen. Im laufenden Jahr rechnet der Branchenverband SER Colombia mit einem Zubau von 670 Megawatt. Ende 2025 kämen Solar- und Windkraft damit auf eine Kapazität von 2.550 Megawatt. Das entspräche zwölf Prozent der landesweit installierten Leistung. In den Jahren 2026 und 2027 soll sich der Ausbau deutlich beschleunigen: Gerechnet wird mit einem weiteren Zubau von 5.500 Megawatt.

Montenegro: Erweiterung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

(GTAI) – Montenegro investiert massiv in seine Straßen, Schienen und Häfen. Die EU übernimmt einen Teil der Kosten. Deutsche Anbieter von Baudienstleistungen haben Chancen in Nischen. Bis Anfang der 2030er Jahre sollen in Montenegro rund neun Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte fließen. Im Fokus steht der Bau neuer Autobahnen und Schnellstraßen, wie zwischen der Hafenstadt Bar und Boljare. Weiterhin plant das Land an der Adria, die Schienenstrecke von Vrbnica nach Bar zu modernisieren und den Hafen Bar zu erweitern. Damit will Montenegro besser in das Transeuropäische Transportnetzwerk (TEN-T) eingebunden werden, seine Konnektivität in der Region steigern und die EU-Integration durch neue physische Verbindungen untermauern. Montenegro sieht in seiner Fiskalstrategie bis 2027 Investitionen von zwei Milliarden Euro in die genannten Projekte vor. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Europäische Investitionsbank (EIB) tragen einen Teil der Kosten. Die Mittel sind gekoppelt an die Einhaltung europäischer Nachhaltigkeitsstandards. Zudem stellt die EU technische Unterstützung bereit.

Neuseeland: Deutsche Technologie und Investitionen als Chance

(GTAI) – Im [Interview](#) mit GTAI erzählt der neuseeländische Handelsminister Todd McClay, was die neue Investitionsbehörde "Invest New Zealand" leisten soll und wo Chancen für deutsche Unternehmen liegen.

Polen: Knapp eine Milliarde Euro für Energiespeicher

(GTAI) – Polens staatlicher Umweltfonds NFOŚiGW stellt über 950 Millionen Euro für den Bau von großen Energiespeichern bereit. Die Gelder kommen aus dem Europäischen Modernisierungsfonds, um die Energieinfrastruktur in EU-Mitgliedstaaten zu verbessern. Laut den Förderkriterien muss ein Speicher

mindestens zwei Megawatt Leistung aufweisen. Der Umweltfonds will bereits bis Ende 2025 alle Verträge mit interessierten Unternehmen unterzeichnen. Investoren haben nach einer Förderzusage drei Jahre Zeit, um den Energiespeicher in Betrieb zu nehmen. Große Unternehmen können sich bis zu 45 Prozent der Kosten für einen Energiespeicher zurückholen. Bei KMU steigt die Förderquote auf bis zu 65 Prozent. Außerdem können sich Investoren einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von bis zu 100 Prozent der Projektkosten sichern. Der Umweltfonds unterstützt sowohl den Bau neuer Speicher wie auch den Ausbau bestehender Anlagen. Das Ziel des Programms lautet, Energiespeicher mit einer Leistung von insgesamt 2,5 Gigawatt zu installieren. Eine Anlage muss am Stromnetz hängen, um sich für die Subventionen zu qualifizieren. Energiespeicher, die von einem Industrieunternehmen nur für interne Prozesse verwendet werden, bleiben damit außen vor. Der polnische Energiespeicherverband PSME begrüßt die neuen Zuschüsse. Die Verbandsvorsitzende Barbara Adamska erklärt gegenüber dem Onlineportal Business Insider Poland: "Das Interesse des Marktes an dem Programm ist gewaltig."

Rumänien: Schengenbeitritt verbessert Wettbewerbsposition

(GTAI) – Rumänien gehört zu den dynamisch wachsenden Volkswirtschaften innerhalb der EU. Mit einer Bevölkerung von 19,1 Millionen Menschen ist das Land der größte Absatzmarkt in Südosteuropa. Deutsche Unternehmen sind Rumäniens größte Handelspartner und Investoren. Seit 2025 ist das Land vollständiges Mitglied im Schengenraum. Dies verbessert das Potenzial Rumäniens für Nearshoring und als Beschaffungsmarkt. Die rumänische Industrie liefert Kfz-Teile, Metall- und Gummiwaren sowie elektronische Komponenten. Rumänien ist zudem interessant, weil es sich als künftiger Lieferant von Erdgas sowie erneuerbarer Energien in Europa positioniert.

Tunesien: Deutsche Investoren 2024 an zweiter Stelle

(GTAI) – Nach vorläufigen Zahlen war Deutschland im Jahr 2024 mit umgerechnet 100 Millionen Euro bei den Investitionen in Tunesien auf Rang zwei. Und mit über 5000 geschaffenen Arbeitsplätzen überholten sie sogar den größten Investor Frankreich. Gemessen am Wert war die wichtigste Branche der Elektronikbereich. Das wichtigste Betätigungsfeld für deutsche Unternehmen ist hier die Produktion von Fahrzeugelektronik. Hier sind neben Leoni unter anderem auch Kromberg & Schubert, Dräxlmaier und Marquardt aktiv. Die meisten Arbeitsplätze wurden 2024 jedoch in der Kunststoffverarbeitung geschaffen. Ohnehin stiegen nach einem Einbruch im Jahr 2021 die Zuflüsse an deutschen Direktinvestitionen wieder kontinuierlich an. Das Gros sind Erweiterungsprojekte.

Ukraine: Start-up-Szene wächst trotz Krieg

(GTAI) – Die Start-up-Szene der Ukraine trotz dem russischen Angriffskrieg. Die Bewertung ukrainischer Start-ups hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Von bescheidenen 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2017 ist deren Wert bis 2023 auf rund 28 Milliarden Euro gestiegen, so ein Bericht der globalen Daten- und Analyseplattform Dealroom zur Entwicklung der Branche in Mittel- und Osteuropa. Das Land gehört damit zu den Top drei der Region: gleichauf mit Estland und nur hinter Polen, dessen Start-up-Szene mit 49 Milliarden Euro bewertet wurde. Auch 2024 haben sich die ukrainischen Start-ups positiv entwickelt und konnten im dritten Kriegsjahr

umgerechnet 287 Millionen Euro an neuen Investitionen anziehen, meldet die Onlineplattform AIN. Rund 80 Prozent der Mittel entfielen auf drei Empfänger: Creatio, Viseven und das britisch-ukrainische Carmoola. Einen Schub erleben Start-ups im Verteidigungssektor. Über 300 entwickeln militärische Innovationen, darunter durch künstliche Intelligenz (KI) gestützte Drohnen und Cyberabwehrsysteme. Investitionen kommen auch aus dem BRAVE1-Cluster, einer von der Regierung ins Leben gerufenen Plattform. Sie ist zentrale Anlaufstelle für die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, Start-ups, Unternehmen, Investoren und internationalen Partnern. Aber auch der Bereich Green Tech und Agri Tech bietet Chancen für Start-ups, die sich mit Themen wie nachhaltiger Landwirtschaft und Technologien, mit Klimainnovationen oder mit Energiemanagement beschäftigen. Beispiele sind Rekava (biologisch abbaubare Produkte), Ecofactor (Technologien für E-Auto-Ladestationen) oder Profeed (KI-gestützte Systeme zur Automatisierung von Fütterungsprozessen).

Veröffentlichungen

Datenbanken unterstützen Unternehmen im internationalen Handel

Die Welthandelsorganisation (WTO) hat zahlreiche Tools und Datenbanken entwickelt, die Unternehmen im globalen Handel unterstützen sollen. GTAI hat eine Übersicht auf seiner [Internetseite](#) veröffentlicht.

Neuer ICC-Leitfaden zu Incoterms® 2020

Nationale Vorschriften beeinflussen die Wahl der Incoterms® 2020-Klauseln für B2B-Verträge. Ein [kostenloser Leitfaden](#) der Internationalen Handelskammer (ICC) hilft, regionale Besonderheiten zu verstehen und Risiken zu minimieren. Er erläutert unter anderem Herausforderung bei CIP- und CIF-Klauseln sowie Risiken der EXW-Nutzung im internationalen Handel.

Verschiedenes

Renewable-Energy-Solutions-Programm

Mit dem Renewable-Energy-Solutions-Programm (RES-Programm), als Bestandteil der Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), werden deutsche KMU bei der internationalen Verbreitung ihrer klimafreundlichen Energielösungen aktiv unterstützt und finanziell gefördert. Voraussetzung für eine Teilnahme am RES-Programm ist, dass eine klimafreundliche Energielösung in ein RES-Projekt eingebracht wird. Hierbei kommen klimafreundliche Technologien und deren Anwendungen aus den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, intelligente Netze, IT- & Softwarelösungen oder Energiespeicher sowie

Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien in Betracht. Eine Bewerbung für 2025 ist noch bis zum 9. April, 12 Uhr mittags möglich. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des BMWK](#).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1
21335 Lüneburg

Ansprechpartnerin:

Christiane Hewner, Tel.: 04131-742 161, Email: christiane.hewner@ihklw.de

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK oder AHK angefordert werden.

Detaillierte Informationen zu internationalen Märkten finden Sie darüber hinaus auf der [Webseite der IHKLW](#).